



# GdP rechnet mit harten Verhandlungen über die Beamtenbesoldung

**Das Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Münster, mit dem NRW's oberste Richter das Gesetz zur Übernahme des Tarifabschlusses für 2013 und 2014 für verfassungswidrig erklärt haben, war mehr als nur eine saftige Klatsche für die rot-grüne Landesregierung. Dazu ist der Richterspruch viel zu eindeutig. Grundsätzlich hat das Gericht dem Gesetzgeber zwar bei der Übernahme von Tarifabschlüssen einen Gestaltungsspielraum eingeräumt, zudem sei er auch nicht verpflichtet, das Tarifergebnis rückwirkend 1:1 auf die Beamten zu übertragen, stellten die Richter fest, zugleich setzten sie der Landesregierung aber für ein Abweichen vom Tarifabschluss enge Grenzen.**

Eine dauerhafte Abkopplung der Beamtinnen und Beamten von der wirtschaftlichen Entwicklung ist unzulässig, stellten die Richter ohne alle Umschweife fest. Auch einer gestaffelten Anpassung der Bezüge, wie sie Rot-Grün vorgenommen hatte, erteilten die Richter eine Absage. Sie verstoße evident gegen das Alimentationsprinzip. Eine Ungleichbehandlung der verschiedenen Besoldungsgruppen sei nur zulässig, so die Richter, wenn einzelne Besoldungsgruppen zuvor überalimentiert gewesen wären. Der Versuch der rot-grünen Landesregierung, die einzelnen Besoldungsgruppen bei den Beamten gegeneinander auszuspielen, ist damit grandios gescheitert. Auch für eine Besoldungsanpassung unterhalb des Tarifabschlusses gebe es, abgesehen von der Frage einer zeitlichen Spreizung, nur einen eng begrenzten Spielraum.

Die GdP sieht sich durch das Urteil in ihrer Position bestätigt, dass die Beamten nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden dürfen. „Ein Hinweis

auf die allgemeine Haushaltslage und die Schuldenbremse reicht nicht aus, um den Beamten weitere Sonderopfer abzunötigen. Das weiß jetzt auch die Landesregierung“, sagte GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert unmittelbar nach der Urteils-

der Regierung das Scheitern vorausgesagt. Anders als von der GdP während der letzten Haushaltsberatungen gefordert, hat Rot-Grün auch keine Rückstellungen für mögliche Nachzahlungen gebildet. Entsprechend konsterniert reagierte Finanz-

minister Norbert Walter-Borjans auf die Urteilsverkündung und verhängte umgehend eine Haushaltsperre. Auch um davon abzulenken, dass die Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2014 zwar gestiegen sind, aber hinter den Erwartungen der Regierung zurückblieben.

Wie wenig sich Rot-Grün auf eine Niederlage in Münster vorbereitet hatte, zeigte sich auch in einer Aktuellen Stunde

wenige Tage nach der Urteilsverkündung im Düsseldorfer Landtag. Statt dem Parlament ein Konzept zu präsentieren, wie das Urteil umgesetzt werden kann, übte sich Rot-Grün erst einmal in dem Versuch, der Opposition vorzuhalten, sie habe noch viel häufiger Verfassungsklagen in Müns-



Finanzminister Norbert Walter-Borjans nach der Urteilsverkündung Foto: picture alliance/dpa

verkündung in Münster. Trotzdem rechnet die GdP jetzt mit harten Verhandlungen mit der Landesregierung. Denn trotz des absehbaren Scheiterns in Münster hatte Rot-Grün bislang keinen Plan B in der Tasche. Eine krasse Fehlentscheidung, immerhin hatten während der Landtagsanhörung im vergangenen Jahr 19 von 20 geladenen Experten

→ Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

ter verloren. So als ob Verfassungsbruch ein Kavaliersdelikt sei.

Inzwischen sucht die Regierung wieder das Gespräch mit den Gewerkschaften. Für den 5. Juli hatte Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) die Gewerkschaften zu einem ersten Sondierungsgespräch eingeladen. Arnold Plickert, der als einziger Vertreter der Polizeigewerkschaften bei den Gesprächen mit am Tisch gesessen hat, bewertet den Auftakt positiv. „Die Landesregie-

rung holt jetzt nach, was sie vor anderthalb Jahren versäumt hat, nämlich endlich mit den Gewerkschaften darüber zu reden, wie der Tarifvertrag auf die Beamten übertragen werden kann“, sagte Plickert. Vier weitere Termine wurden verabredet. Der erste Gesprächstermin ist bereits für den 11. August vorgesehen, unmittelbar nach dem Ende der Sommerpause. Die GdP rechnet trotz der guten Atmosphäre beim ersten Gespräch mit schwierigen Verhandlungen. „Die Regierung wird versuchen, den Preis für eine

Einigung möglichst hochzutreiben und nur das aus dem Urteil herauszulesen, was für ihre Position hilfreich ist, fürchtet er. „Dass es überhaupt zu den Gesprächen kommt, haben wir den Oppositionsparteien zu verdanken. Wären CDU und FDP und die beiden Abgeordneten der Piraten-Partei nicht unserer Empfehlung gefolgt, das Gesetz zur Beamtenbesoldung dem Verfassungsgerichtshof zur Entscheidung vorzulegen, würden wir noch Jahre auf ein abschließendes Urteil warten“, lobte er die Opposition.

## Bundesverfassungsgericht reagiert auf die Unterschriften-Aktion der GdP

Mehr als 12 000 Polizistinnen und Polizisten haben sich an der Unterschriftenaktion der GdP „10 Jahre sind genug! 10 000 Briefe an das Bundesverfassungsgericht“ beteiligt, die GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert und sein Vorstandskollege Volker Huß am 15. Juli dem Karlsruher Gericht übergeben haben. Die Aktion stieß sogar bundesweit auf ein großes Medieninteresse. Auch, weil die noch immer ausstehende Entscheidung aus Karlsruhe weit über NRW hinaus für alle Bundesländer von grundsätzlicher Bedeutung für die künftige Besoldung der Beamtinnen und Beamten ist.

Gegenüber den Journalisten hatte Arnold Plickert in den vergangenen Wochen immer wieder darauf hingewiesen, dass die 2003 von der damaligen Landesregierung beschlossene Streichung des Urlaubsgeldes und die radikale Kürzung des Weihnachtsgeldes nicht die einzigen Eingriffe in die Besoldung waren, die die Landesregierung von NRW in den vergangenen Jahren unter wechselnder politischer Zusammensetzung den Beamten und den Versorgungsempfängern zugemutet hat. Tarifabschlüsse wurden nur zum Teil oder erst mit zeitlicher Verzögerung übernommen, das Pensionsalter wurde um zwei Jahre nach hinten verschoben, die Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden verlängert. „Es reicht mit den Kürzungen. Auch Beamte haben

einen Anspruch auf eine angemessene Bezahlung, wenn der öffentliche Dienst eine Zukunft haben soll“, sagte Plickert bei der Übergabe der



Briefe in Karlsruhe. Der GdP-Vorsitzende erinnerte zudem daran, dass geltendes Recht auch dann seinen Wert verliert, wenn es nicht angewandt wird. „Mit jedem Jahr, das die Polizistinnen und Polizisten länger auf die Entscheidung aus Karlsruhe warten, schwindet die Chance, dass

sie das ihnen zu Unrecht vorenthaltene Geld zurückbekommen“, sagte er. „Eine Milliarde Euro spart das Land jedes Jahr alleine durch die Kürzungen beim Weihnachts- und Urlaubsgeld. Seit 2003 sind das zehn Milliarden Euro. Schon deshalb besteht die Gefahr, dass es nicht zur vollständigen Nachzahlung kommen wird. Selbst dann nicht, wenn die Richter die Kürzungen für verfassungswidrig halten“, mahnte er.

Für ihre Forderung, aus Karlsruhe endlich Klarheit zu bekommen, fand die GdP bei den Journalisten viel Unterstützung. Auch wenn das Bundesverfassungsgericht autonom festlegt, in welcher Reihenfolge es über die vorliegenden Verfahren berät, sind durch die GdP-Aktion die Chancen gestiegen, dass die Entscheidung des Gerichts über die Anforderungen an eine amtsangemessene Alimentation der Beamten nicht erneut um Jahre verzögert wird.

Die Verfassungsrichter haben die Briefe zwar nicht persönlich entgegengenommen, das ist in Karlsruhe nicht üblich, trotzdem war die Unterschriften-Aktion der GdP ein voller Erfolg. Noch am Tag der Übergabe erklärte ein Sprecher des Gerichts gegenüber der Nachrichtenagentur dpa: „Das Gericht strebt an, noch im laufenden Jahr eine Entscheidung zu treffen und ist sich der Dringlichkeit bewusst.“



## Dem Verfassungsbruch jetzt keinen erneuten Vertrauensbruch folgen lassen!



Der Preis, den Ministerpräsidentin Hannelore Kraft mit dem von ihr zu verantwortenden Verfassungsbruch zahlen musste, ist hoch. Erst politisch bei der Bundestagswahl, bei der ihr viele Wähler den Versuch verübeln haben, die Unterfinanzierung des Landes zulasten der Beamten zu lösen und das dann auch noch als sozial ausgewogene Großtat zu feiern. Und jetzt mit der juristischen Niederlage in Münster. Deshalb ist es gut, dass Kraft die Gewerkschaften schnell zu ernsthaften Gesprächen über die Beamtenbesoldung eingeladen hat. Denn bei den Auseinandersetzungen um die Beamtenbesoldung ist im vergangenen Jahr viel politisches Vertrauen zerstört worden.

Die GdP wird sich konstruktiv an den Gesprächen beteiligen. Wir machen das in der Erwartung, dass die Landesregierung dem Verfassungsbruch jetzt keinen weiteren Vertrauensbruch folgen lässt und aus dem Urteil nur das herausliest, was ihr selbst in den Kram passt. Würde sie das machen, wären die Gespräche von vornherein zum Scheitern verurteilt. Denn seit Münster ist allen Beteiligten zweierlei klar. Erstens: Wenn überhaupt, geht es allenfalls um eine zeitliche Komponente, um die der Abschluss später in Kraft tritt. Zweitens: Die Zeiten, in denen die Beamten jegliche Verbesserungen an der einen Stelle durch Einschnitte an einer anderen Stelle selbst finanzieren mussten, sind endgültig vorbei. Das ist die Grundlage für die jetzt beginnenden Gespräche. Hart werden sie trotzdem allemal.

**Arnold Plickert,**  
Landesvorsitzender

## Blockadepolitik des Innenministeriums zeigt erste negative Auswirkungen

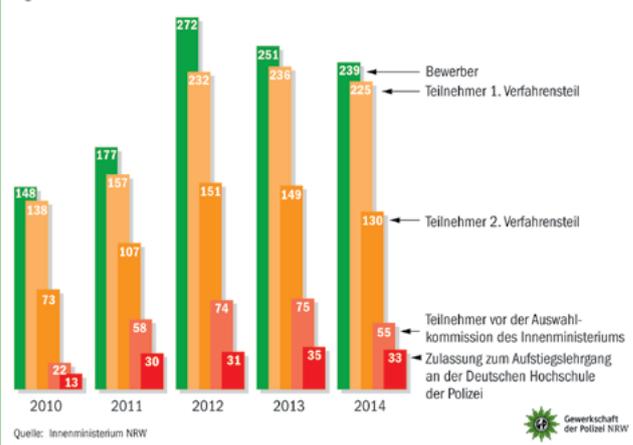
Bereits 2010 hat die GdP in dem Positionspapier „Zukunft des höheren Dienstes (h. D.) in der Polizei NRW“ dargestellt, dass es wegen der benötigten Anzahl der qualifizierten Bewerberinnen und Bewerber für den h. D. zu Problemen und Engpässen kommen wird. Bis 2020 werden 50 Prozent aller Beamten des h. D. in Pension gehen. Für den Bereich A 15 bis A 16 bedeutet dies, dass ca. 97 Kolleginnen und Kollegen dann nicht mehr im Dienst sein werden.

Der Einstellungsbedarf des höheren Dienstes für die Jahre 2015 bis 2018 liegt bei 152 Kolleginnen und Kollegen, das sind pro Jahr ca. 50. Die GdP hat deshalb bereits im Jahr 2010 vorgeschlagen, alters- und dienstverfahren Beamtinnen und Beamten des gehobenen Polizeivollzugsdienstes (g. D.), die nach ihrer Persönlichkeit und nach ihren Leistungen für den h. D. geeignet erscheinen und in Spitzenfunktionen des g. D. (A 12/A 13) überdurchschnittliche Leistungen gezeigt haben, im Wege eines prüfungserleichterten Bewährungsaufstiegs ein Amt der Laufbahn des höheren Dienstes zu verleihen.

Dass wir mit unseren Prognosen nicht falsch lagen, zeigt das diesjährige Auswahlverfahren. Von den insge-

### Mehr Bewerber nötig

Ergebnis des aktuellen Auswahlverfahrens für den höheren Dienst



**Trotz wachsenden Bedarfs an Bewerberinnen und Bewerbern für den Aufstieg in den höheren Dienst stagniert seit Jahren die Zahl geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten. Die GdP fordert deshalb seit Langem, dass auch in NRW ein prüfungserleichteter Aufstieg zugelassen wird.**

→ Seite 4



Fortsetzung von Seite 3

samt 239 Bewerberinnen und Bewerbern haben 225 am 1. Verfahrensteil teilgenommen. Am 2. Verfahrensteil nahmen noch 130 teil. Für den letzten Tag vor der Auswahlkommission blieben nur noch 55 übrig. Nach Abschluss des Verfahrens konnten 33 Absolventen als geeignet zugelassen werden. Vorgesehen für das Master-Studium an der DHPol waren für NRW jedoch 35 Plätze, sodass in diesem Jahr zwei Plätze nicht besetzt werden konnten.

Durch die aktuelle Haushaltssperre verschärft sich die Situation für 2013 nochmals, da die zugesagten fünf Einstellungen für Direkteinsteiger erst nach der Haushaltssperre umgesetzt werden können. Wann diese en-

det und ob die Bewerber dann noch zur Verfügung stehen, ist völlig ungewiss.

Landesvorsitzender Adi Plickert: „Es wird höchste Zeit, dass die Ministerialbürokratie ihre Blockadepolitik gegen einen prüfungserleichterten Aufstieg, wie er in den anderen Bundesländern und der Bundespolizei bereits üblich ist, aufgibt. Die Problematik wird sich in den nächsten Jahren noch verschärfen, da dann als Bewerber die einstellungsschwachen Jahrgänge (ab 2004) mit lediglich 500 Einstellungen infrage kommen.“ Das Innenministerium dürfe sich allerdings auch nicht wundern, dass es immer weniger Bewerber für den höheren Dienst gibt, so Plickert weiter. „Wer, wie aktuell üblich, auf seine erste Beförderung nach A 14 acht bis

zehn Jahre warten muss, danach noch nicht einmal A 15 erreicht und zudem mit Nullrunden bestraft wird, verliert jegliches Interesse am höheren Dienst.“

Es wird Zeit, dass Innenminister Jäger erkennt, dass er in dieser Frage durch sein Haus falsch beraten wird. Die GdP wird die aktuellen Gespräche zur Dienstrechtsreform dazu nutzen, nochmals deutlich zu machen, dass es zum prüfungserleichterten Aufstieg in den höheren Dienst der Polizei keine Alternative gibt, es sei denn, das Innenministerium beabsichtigt, die Stellen im höheren Dienst zu reduzieren. Das würde jedoch mittelfristig die Führungsfähigkeit und Attraktivität des höheren Dienstes bei der Polizei erheblich gefährden.

## Heftiger Schlagabtausch um das Neutralitätsgebot der Polizei

Tritt das von der Verfassung vorgegebene Neutralitätsgebot der Polizei in politischen Auseinandersetzungen außer Kraft, wenn es um den Widerstand gegen Rechtsextremisten geht? Muss die Polizei bei Straftaten wegschauen, wenn sie von denjenigen begangen werden, die die Demokratie gegen die ewig Gestrigen verteidigen? Ende Juni hat diese Frage zu einem heftigen politischen Schlagabtausch geführt, erst im Innenausschuss des Düsseldorfer Landtags, dann im Landtag selbst.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) sah sich dabei mit massiven politischen Vorwürfen konfrontiert, auch aus den eigenen Reihen, weil er dem Parlament einen Bericht der Dortmunder Polizei vorgelegt hatte, in dem darauf hingewiesen wird, dass auch aufseiten derjenigen, die am Abend der Kommunalwahl vom 25. Mai den Rechtsextremisten den Zugang zum Dortmunder Rathaus verwehrt haben, Straftaten begangen wurden. Angeheizt worden war die Debatte auch durch eine Äußerung des erst seit Anfang März amtierenden neuen Dortmunder Polizeipräsidenten Gregor Lange. In einer Presseerklärung hatte sich Lange Ende Juni zwar vor die Dortmunder Kolleginnen und Kollegen gestellt, zugleich aber auch betont, dass die Poli-

zei in politischen Auseinandersetzungen nicht neutral sein darf. „Sie ist ein Instrument unseres demokratischen Rechtsstaates und steht demnach eindeutig auf der Seite aller, die sich mit rechtsstaatlich zulässigen Mitteln gegen braune geistige Brandstifter in unsere Stadt stellen“, erklärte Lange.

Die GdP hat in der Auseinandersetzung ausdrücklich die Position von Innenminister Ralf Jäger (SPD) unterstützt. „Gerade die Polizei in Dortmund hat es mit einer seit Jahren gefestigten rechten Szene zu tun. Meine Kolleginnen und Kollegen nutzen alle rechtsstaatlichen Möglichkeiten, um die Aktivitäten dieser Szene zu observieren, aufzuklären und zu bekämpfen“, sagte der stellvertretende GdP-Vorsitzende Rainer Peltz nach der Sitzung des Düsseldorfer Innenausschusses. Zugleich wies Peltz aber auch darauf hin, dass die Polizei in politischen Auseinandersetzungen an Recht und Gesetz gebunden ist. „Davon werden weder meine Kolleginnen und Kollegen noch die GdP abweichen. Dies mag manchmal wehtun, ist in einer Demokratie aber unabdingbar“, sagte Peltz.

Im Landtag selbst ist diese Feststellung nicht nur auf Unterstützung gestoßen. Die Piraten warfen den in Dortmund eingesetzten Polizisten indirekt

sogar eine geistige Nähe zu den Rechtsextremisten vor. Wörtlich heißt es dazu in einem von den Piraten vorgelegten Antrag: „Das MIK wird aufgefordert, einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, welche Schulungsmaßnahmen notwendig sind, um den Polizeibeamten die verfassungsrechtlichen Bestrebungen der rechten Gewalttäter zu verdeutlichen und den Beamten eine verfassungsrechtlich richtige Einschätzung von Überfällen wie am Dortmunder Rathaus zu ermöglichen.“ Die überwiegende Mehrheit der Landtagsabgeordneten sah das anders und lobt ausdrücklich den Einsatz der Polizei, vor allem der acht zuerst am Einsatzort erschienenen Kolleginnen und Kollegen.

Zu massiver Kritik hat auch das Auftreten des früheren Dortmunder SPD-Fraktionsvorsitzenden Franz-Josef Drabing gesorgt. Drabing hatte einem in Dortmund eingesetzten Polizisten gedroht, dass dessen Karriere beendet sei, wenn er jetzt nicht in einem ganz bestimmten, rechtswidrigen Sinne verfare. Die GdP hatte das scharf kritisiert. „Ein derartiges Verhalten eines lokalen Politikers ist unerträglich und nicht hinnehmbar“, sagte der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert.



# GdP wird die Arbeit der Expertenkommission konstruktiv begleiten

Weil ab 2017 deutlich mehr Polizisten in den Ruhestand gehen, als Kommissaranwärterinnen und -anwärter eingestellt werden, hat Innenminister Ralf Jäger (SPD) Anfang Juli eine vierköpfige Expertenkommission eingesetzt, die bis März 2015 ein Konzept zur Bewältigung des demografischen Wandels bei der Polizei erarbeiten soll. Zu den Aufgaben der Kommission gehört auch die Erarbeitung von Vorschlägen zur Organisationsentwicklung der Polizei.

Mitglied der Expertenkommission sind die Polizeipräsidenten von Köln und Münster, Wolfgang Albers und Hubert Wimber, der Mettmanner Landrat Thomas Hendele (CDU) und der Organisationsexperte Professor Jürgen Weibler von der Fernuniversität Hagen. Alle vier Mitglieder gelten als ausgewiesene Polizeiexperten. Thomas Hendele ist seit Oktober 2010 neben seiner Funktion als Landrat auch Präsident des Landkreistages Nordrhein-Westfalen, davor war er viele Jahre Vorsitzender des Polizeiausschusses. Jürgen Weibler war Gründungssenator der Deutschen Hochschule der Polizei. Wolfgang Albers ist Präsident des größten Polizeipräsidiums in NRW. Hubert Wimber gilt in der Kommission als Vertreter der Grünen.

Mit der Berufung der Expertenkommission greift Innenminister Jäger eine Forderung der GdP auf. Sie hatte in der Vergangenheit immer wieder gedrängt, dass die Politik endlich entscheidet, welche Aufgaben die Polizei vor dem Hintergrund der Schuldenbremse in Zukunft noch wahrnehmen soll. Erst auf dieser Basis lässt sich verbindlich entscheiden, wie viele Polizistinnen und Polizisten in nächsten Jahren in NRW erforderlich sind, und in welchem Umfang die Zahl der Neueinstellungen an die sprunghaft steigende Zahl der Pensionierungen angepasst werden muss.

Unmittelbar nach Einsetzung der Expertenkommission hat GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert deshalb angekündigt, dass die GdP die Arbeit der Kommission konstruktiv begleiten wird, zugleich kritisierte Plickert aber deren Zusammensetzung. „Dass sich in der Expertenkom-

mission kein Vertreter der Gewerkschaften findet, ist ein falsches Signal. Der Innenminister vergibt dadurch die Chance, das Innovationspotenzial der Beschäftigten zu nutzen“, sagte er gegenüber den Medien. Skeptisch bewertet die GdP zudem die vor allem von den Grünen gehegte Hoffnung, dass sich über eine andere Organisationsstruktur nachhaltig Personal bei der Polizei sparen lässt. „Wir

brauchen eine bürgernahe Polizei und nicht einige wenige zentrale Großbehörden, die alles aus der Ferne regeln. Das weiß offenbar auch der Innenminister. Nicht umsonst hat er diese Forderung im Titel der Kommission ‚Bürgernahe Polizei – Den demografischen Wandel gestalten‘ ganz nach vorne gestellt. An diesem Maßstab werden wir ihn messen“, sagte der Landesvorsitzende.

## Wir sind die GdP



Ende Juni fand in der ZOOM Erlebniswelt in Gelsenkirchen der traditionelle Familientag der GdP statt. Trotz Regen haben sich rund 400 Kolleginnen und Kollegen aus ganz NRW auf den Weg gemacht, um mit der Familie und Freunden einen tollen Tag im Erlebniszoo zu verbringen. Yvonne Diehl von der Kreisgruppe LKA war mit ihrer ganzen Familie vor Ort. „Ich finde es toll, dass die GdP einen solchen Familientag anbietet. Uns hat es wie immer sehr gut gefallen und deswegen trotzen wir auch Wind und Wetter.“ Am GdP-Infozelt standen die Kolleginnen und Kollegen des Landesbezirks und der Kreisgruppe Gelsenkirchen den Mitgliedern für Fragen gerne zur Verfügung. Besonders das GdP-Zooquiz erfreute sich am Stand größter Beliebtheit. Um an die richtigen Antworten zu gelangen, mussten die Teilnehmer die drei Welten Afrika, Asien und Alaska besuchen und bei den kommentierten Fütterungen gut aufpassen. Erst dann hatten sie eine Chance auf einen der tollen Preise. Der Hauptgewinn ging in diesem Jahr an den Kollegen Horst Karlinger aus der Kreisgruppe Duisburg. Er konnte sich über eine ZOOM-Jahreskarte für die ganze Familie freuen.

Der Familientag ist eine gute Gelegenheit für alle Kolleginnen und Kollegen, fernab des beruflichen Alltags miteinander ins Gespräch zu kommen und einen schönen Tag zu verbringen. Grund genug, um ihn im nächsten Jahr zu wiederholen.







# Nikolausfahrt

## 3. bis 6. Dezember 2014

### Mallorca / Playa de Palma

**Mallorca, beliebt bei Jung und Alt, zur Mandelblüte und zum Fahrradfahren, zum Feiern und zum Erholen, für den Familienurlaub, den Kegel- oder Dienststellenausflug. Die Insel im Mittelmeer zieht zu jeder Jahreszeit ihr Publikum an.**

**Wir fliegen im Dezember für einen Kurzaufenthalt nach Mallorca. Zum Erholen, zum Shoppen, zum Radeln, zum Feiern, zum Klönen, um dem Wetter in Deutschland zu entfliehen oder einfach nur, um Mallorca erstmals oder einfach mal anders kennen zu lernen. Die Playa de Palma lockt mit einer langen Strandpromenade zu ausgiebigen Spaziergängen, durch ihre Nähe zu Palma mit zahlreichen (Christmas-) Shoppingmöglichkeiten, mit dem bekannten "Bierkönig" zu einem leckeren Getränk in ruhigeren Zeiten, durch die Lage zu Erkundungen der Insel oder auch zu Fahrradtouren. Für alle, die am späteren Abend noch ausgehen und etwas erleben möchten, bieten sich im benachbarten Palma kleinere Diskotheken und Bars an.**

Eingeschlossene Leistungen:

- ⇒ Flug ab/bis Köln oder Düsseldorf nach Mallorca
- ⇒ 3 Übernachtungen im 4\*-Hotel Barceló Pueblo Park
- ⇒ Unterbringung im Doppelzimmer, Doppelzimmer zur Alleinbenutzung, Doppelzimmer Superior oder Appartement
- ⇒ All Inclusive (Frühstück, Mittag- und Abendessen in Buffetform, lokale Getränke von 10 bis 23 Uhr)
- ⇒ Rail & Fly Ticket in der 2.Klasse
- ⇒ Reisepreissicherungsschein
- ⇒ Begleitung durch den GDP-Reiseservice

**Reisepreis pro Person im Doppelzimmer ab € 391,-**

Bitte fordern Sie unsere ausführliche Ausschreibung und das Anmeldeformular an.

**GdP-Service GmbH Gudastraße 9 40625 Düsseldorf**  
**0211/29101 -44/-45/-63/-64 [www.gdp-reiseservice.de](http://www.gdp-reiseservice.de)**



**REISE-SERVICE**

## Landesskatturnier – immer noch ein Renner

Am 1. Juli fand im Richrather Hof in Langenfeld das diesjährige Landesskatturnier der GdP statt. 30 Teilnehmer, die sich im Vorfeld in ihren Kreisgruppen als Gewinner durchgesetzt hatten, kämpften einen ganzen Tag lang um den begehrten Siegerpokal und um etliche Sachpreise. Der Spielablauf wurde unter den fachkundigen Augen von Kollege Uve Mißfeldt geleitet, der lange Jahre Vi-

zepräsident des Deutschen Skatverbandes war.

Es wurden zwei Serien auf hohem Niveau gespielt. Der erste Platz ging mit 2530 Punkten an Klaus Kunze aus der Kreisgruppe Ennepe-Ruhr. Dicht gefolgt von Heinz Buitmann aus Warendorf, mit 2497 Punkten. Den dritten Platz konnte August Paus aus Borken mit 2350 Punkten für sich bestreiten.

## Glücksnummern des Monats

45 17861  
Rebecca Geisenheiner, Düsseldorf  
45 19727  
Anna Kania, Bielefeld  
45 18363  
Sebastian Kalkreuth, Düsseldorf  
45 18606  
Frank Duckstein, Bochum

Die Gewinner erhalten eine GdP-Kühltasche „City“.

## Senioren aktuell

### Kreisgruppe Aachen

19. August, Seniorenjahresfahrt zur Landesgartenschau in Zülpich, Unkostenbeitrag für Fahrt und Eintritt 28,50 € pro Person, Anmeldung: Ralf Dünzer, Telefon 02 41/95 77-2 30 03 bis zum 15. August 2014, da begrenzte Teilnehmerzahl, Treffpunkt: 9.45 Uhr, Polizeipräsidium Aachen

### Kreisgruppe Bochum

17. September, die Senioren fahren mit dem Kaiserwagen der Wuppertaler Schwebebahn, nach einer Bergischen Kaffeetafel wird Schloss Burg besichtigt, der Fahrpreis beträgt 30 € pro Person, Auskunft erteilt Herbert Weber, Telefon 02 34/30 80 48, Treffpunkt: 9.30 Uhr, Bergbaumuseum, Am Bergbaumuseum 28, 44791 Bochum

### Kreisgruppe Coesfeld

27. August, Senioren-Grillnachmittag, Treffpunkt: 14.30 Uhr, DRK-Heim, August-Schlüter-Str. 32, 48249

Dülmen, Anmeldungen sind erforderlich bei Johannes Zimmermann unter Telefon 0 25 41/7 29 63

### Kreisgruppe Heinsberg

26. August, Jahresausflug der Seniorengruppe in die Eifel mit einem Besuch der Burg Vogelsang und einer Schifffahrt auf dem Rursee, Auskunft und Anmeldungen an Klaus Labahn, Telefon 0 24 31/58 80 oder E-Mail klabbahn@unitybox.de oder Franz Jansen, Telefon 0 24 52/9 20 12 00

### Kreisgruppe Köln

21. August, Informationstreffen und Mitgliederversammlung der Seniorengruppe. Neuwahlen finden nicht statt, nach der Mitgliederversammlung berichtet Bernd Kohl über seine neue Tätigkeit und Funktion im Landes- und Bundesvorstand der Seniorengruppe

### Kreisgruppe Unna

27. August, traditioneller Senioren-

## GdP aktiv

17. 8., Bürger- und Polizeifest der Kreisgruppe Bonn als Rheinfahrt auf der MS Godesia, ab 10.30 Uhr, Abfahrt: 11.00 Uhr, Anleger Langer Eugen/Gronau

17. 9., Außerordentliche Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Essen/Mülheim, 14.00 Uhr, großer Sitzungssaal, Nobertstr. 165, Essen. Gastreferent wird Rainer Peltz, PHPR-Vorsitzender und stellvertretender Landesvorsitzender sein, der über aktuelle Themen informiert.

Grillnachmittag bei Manfred Steigerwald, Anmeldung erforderlich unter Telefon 0 23 07/27 93 92 oder beim Vorstand, Treffpunkt: 15.00 Uhr, Hammer Str. 102 c, 59425 Unna

## NACHRUFE

Elsbeth Vach	3.12.1919	Bergisches Land	Margot Sell	2.8.1942	Essen/Mülheim
Renate Bentlage	21.3.1920	Bielefeld	Herta Hemmer	18.4.1916	Gelsenkirchen
Ernst Ceranna	16.3.1924	Bochum	Ruth Kreth	11.11.1924	Gelsenkirchen
Adelheid Landscrone	11.9.1932	Bochum	Wilhelm Schwenker	12.10.1937	Gelsenkirchen
Anna Wendt	13.1.1929	Bonn	Horst Lurz	2.9.1933	Hagen
Margret Janz	29.9.1930	Coesfeld	Marianne Pohlmann	12.4.1949	Innenministerium NW
Dieter Vießmann	21.10.1937	Dortmund	Hildegard Holbeck	30.11.1910	Köln
Grete Zeyen	26.1.1925	Duisburg	Erich Johann Löffelsend	24.10.1945	Köln
Erna Berger	25.11.1928	Düren	Helga Schade	30.9.1921	Mettmann
Wilhelm Mallon	22.1.1929	Düren	Erika Steffen	21.9.1925	Mettmann
Max Krause	19.12.1934	Düsseldorf	Ingrid Dallmer	8.8.1925	PAI Bochum
Robert Schmidt	18.4.1925	Düsseldorf	Annetraud Becker	23.6.1922	Recklinghausen
Johanna Thörner	11.7.1920	Düsseldorf	Josef Altendorf	4.10.1922	Regio Köln
Walter Schmidt	18.7.1927	Ennepe-Ruhr	Wolfgang Dell	27.8.1943	Siegen
Edith Palmer	11.7.1931	Erftkreis	Hans Keller	20.10.1923	Viersen

